

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Erich Kitzinghaus, Berlin.  
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



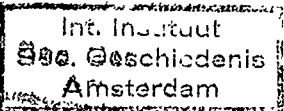
Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin O 31, Belle-Alliance-Platz 8  
Druckerschrift: Copiedienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.  
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen  
vor dem Quartalsersten, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 6. September 1930

Wohin steuert Brüning ?

von Rudolf Breitscheid.



SPD. Der Reichskanzler spricht zu den Wählern. Er sucht ihnen klar zu machen, welche Vorteile die Politik seines Kabinetts dem Lande gebracht hat, und welchen Segen ihre Fortführung im Gefolge haben würde. Beides ist sein gutes Recht, und am 14. September wird sich herausstellen, in welchem Umfang die Bevölkerung ihm Glauben geschenkt hat.

Aber eins vermischen wir in den zahlreichen Ansprachen des Herrn Brüning. Nämlich eine eindeutige Antwort auf die häufig von den verschiedensten Seiten an ihn gerichtete Frage, ob er dem Ergebnis der Wahlen den Grundsätzen der parlamentarischen Verfassung gemäss auch dann Rechnung zu tragen gedenkt, wenn es nicht zugunsten der gegenwärtigen Regierung ausfällt. Mit andern Worten, ob er in diesem Falle seinen Rücktritt oder doch die den Mehrheitsverhältnissen entsprechende Umbildung des Kabinetts für selbstverständlich hält.

Die Frage sollte überflüssig sein, aber dass sie aufgeworfen wird, kann niemanden wundern. Nicht nur die Auslegung, die der Reichskanzler der Verfassung durch die Anwendung des Artikels 48 gegeben hat, muss bedenklich stimmen, es haben sich inzwischen auch andere zu Besorgnissen veranlassende Dinge ereignet. Treviranus hat die Wiederholung der Auflösung mehrfach angekündigt, das Kabinettt hat sich, ohne die Entscheidung des Volkes abzuwarten, über den Rahmen der neuen Finanzreform geeinigt, in der Zentrums Presse werden merkwürdige Auffassungen von dem Wesen der "wahren" Demokratie vertreten, und Brüning redet so, als ob die Weiterführung der Staatsgeschäfte durch ihn und seine jetzigen Kollegen im Grunde schon ausgemachte Sache sei. Die Äusserungen von Zweifeln über das, was beabsichtigt ist, entspringt also wirklich weder böswilligem Missverstehen noch dem Bedürfnis nach Agitationsstoff. Der Wähler hat Anspruch auf einen klaren Bescheid. Aber da der, der ihn geben könnte und müsste, einstweilen beharrlich schweigt, ist es vielleicht zweckmässig, die Interpellation präziser zu formulieren.

Daher fragen wir: Ist es richtig, dass der Reichskanzler die vom Kabinettt geplante Finanzreform mit Hilfe eines Ermächtigungsgesetzes durchführen will? Ist es richtig, dass er seinen ursprünglichen Plan, die Sozialdemokratie zum Wiedereintritt in die Regierung aufzufordern, angesichts des Widerstandes, den diese Idee bei dem volkshervorhebenden Bundesgenossen gefunden hat, aufgegeben hat? Will er jetzt mit dem Ministerium in seiner derzeitigen Zusammensetzung, ganz gleichgiltig, wie die Wahlen ausfallen, vor den Reichstag treten und unter Drohung mit einer neuen Auflösung und dem Verzicht auf den verfassungsmässigen Weg den Versuch zur Durchsetzung seines Willens machen?

Diese Fragen sind nicht ins Blaue hinein gestellt. Sie beruhen vielmehr auf Andeutungen, die schon seit Wochen aus den Kreisen von Eingeweihten kommen. Sie warten auf eine Antwort, und erfolgt sie nicht, so sind sie keine Fragen mehr. Dann darf das Bestehen des Planes eines von einer Minderheitsregierung vorzuschlagenden Ermächtigungsgesetzes als Tatsache angenommen werden.

Man hört auch von den Gründen, die für die Aufstellung dieses Projektes ins Treffen geführt werden. Sie sind sachlicher und taktischer Natur. Sachlicher insofern, als gesagt wird, die Reform der Finanzen und Steuern sei eine äusserst dringliche Aufgabe. Es sei Gefahr im Verzuge, und deshalb müsse ähnlich wie im Jahre 1923 der mühevoll und komplizierte Weg über die Ressorts und die Parteikompromisse vermieden werden. Aber die Berufung auf das Beispiel der Inflations- und Nachinflationszeit ist hier ebenso unangebracht wie bei dem Rückgriff auf den Artikel 48. Ganz abgesehen davon, dass damals eine Befragung des Volkes nicht unmittelbar vorausgegangen war, ist erst vor ganz kurzer Zeit der Reichsfinanzminister Dietrich der übertriebenen Schwarzmalerei ausdrücklich entgegengetreten. Und wenn derselbe Minister in seinen Reden immer wieder die Notwendigkeit eines arbeitsfähigen Reichstags betont, so lässt das eigentlich nicht darauf schliessen, dass er einer Minderheit das Recht zugesteht, von vornherein die Möglichkeit der Willensbildung einer Mehrheit auszuschliessen. Die Notlage und der Zwang zu eiligem Handeln wird von niemanden verkannt, aber der neugewählte Reichstag hat den Anspruch darauf, die Lösung der ihm gestellten Probleme mit den verfassungsmässigen Mitteln der ordentlichen Gesetzgebung zu unternehmen. Wer diesen Anspruch nicht anerkennt gibt die Demokratie preis.

Doch am Ende fallen die taktischen Erwägungen für Brüning stärker ins Gewicht als die sachlichen. Er befürchtet nämlich, dass das Ende seines Bürgerblockkabinetts gleichzeitig das Ende jeder parlamentarischen Regierung überhaupt sei, und er wird in dieser Auffassung der Situation von Treviranus bestärkt, der den General v. Schleicher hinter sich hat und des Reichspräsidenten sicher zu sein glaubt. Um der ganzen Diktatur zu begegnen soll der Reichskanzler nun entschlossen sein, seine Zuflucht zu der halben Diktatur zu nehmen.

Nun wissen wir, dass es Kreise gibt, die mit dem Gedanken der offenen Abkehr vom Parlamentarismus spielen - und nicht nur spielen. Die Sorgen des Reichskanzlers sind sicher nicht ganz unbegründet. Aber es wäre ein ebenso hoffnungsloses wie bedenkliches Unterfangen, die Gegner der Demokratie durch gewisse Zugeständnisse an ihre Forderungen milder stimmen zu wollen. Wer dem Teufel der Diktatur den kleinen Finger reicht, kann sicher sein, dass ihm binnen kurzem die ganze Hand abverlangt wird, und Brüning würde sehr bald die Vergeblichkeit seines Opfers erkennen. Sieht er die Gefahr und glaubt er an sie, so sollte er es für seine Pflicht halten, sie in aller Öffentlichkeit zu enthüllen und zur Abwehr aufzurufen. Mit listigen Winkelzügen ist ihr nicht zu begegnen, aber der Spuk würde verfliegen, wenn das von Brüning geführte Zentrum zum Schutz der demokratischen Verfassung entschlossen an die Seite der Sozialdemokratie träte. Wir kennen unsere Verantwortung und sind bereit sie zu übernehmen, aber wir werden mit Entschiedenheit einer Politik entgegenzutreten, die angeblich der Diktatur ausweichen will, ihr jedoch in Wirklichkeit in die Hände arbeitet.

Wir sind auf den Einwand gefasst, alles das, was hier über die Absichten des Kabinetts und seines Leiters gesagt werde, seien doch nur Kombinationen, und möglicherweise seien auch die Voraussetzungen, die wir für die Pläne der Regierung anführten, in Wirklichkeit gar nicht gegeben. Wir kämpften also gegen ein Phantom. Nun, wäre es ein Phantom, so hätte es schon längst von der massgebenden Stelle zerstört werden können. Den Aussenpolitiker Treviranus hat man desavouiert, dem Innenpolitiker ist man nicht entgegengetreten. Um unsere Behauptungen zu widerlegen, bedarf es ja nur einer Beantwortung der gestellten Fragen. Auf jeden Fall muss der Nebel der Ungewissheit zerstreut werden. Die Wähler haben ein Recht auf Klarheit. Sie müssen, bevor sie ihre Stimmzettel in die Urnen legen, wissen, wohin das Schiff gesteuert werden soll

---

SPD. Dr. Heinz Potthoff, der bekannte Arbeitsrechtler, ist dem Beispiel von Anton Erkelenz gefolgt und aus der demokratischen Partei ausgetreten. Er hat an die Geschäftsstelle seiner bisherigen Partei einen Brief gerichtet, in dem es u.a. heisst :

"Die Reichsregierung wird im Wahlkampfe keine Mehrheit erringen; darf es auch nicht, weil sie auf unrechtem, gesetzwidrigem Wege geht. Sie wird daher versuchen, ihren Willen auch gegen den neuen Reichstag durchzuführen. Das bedeutet nämlich nicht nur formalrechtlichen, sondern auch politisch sachlichen Bruch der Weimarer Verfassung. Denn der Reichspräsident darf wohl vom Reichstag an die Gesamtwählerschaft (von der Volksvertretung an das Volk) appellieren, aber nicht gegen Reichstag und Wählerschaft regieren wollen. In dieser Verfassungskrise muss ich zu derjenigen Front treten, auf der die Rechte des Reichstages verfochten werden. Ich habe daher meinen Beitritt zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erklärt und scheidet damit aus der nur noch dem Namen nach bestehenden Deutschen Demokratischen Partei aus."

Seinen Eintritt in die Sozialdemokratische Partei meldete Potthoff mit einem Schreiben an, in dem es u.a. heisst :

"Die Stelle, an der ich 30 Jahre lang im politischen Leben gestanden, ist durch die Auflösung der Deutschen Demokratischen Partei leer geworden. Wer ein Menschenalter lang für sozialen, demokratischen Liberalismus gekämpft hat steht vor der Wahl, sich entweder dem Abmarsche der bürgerlichen Linken zur Mitte anzuschliessen, oder zur Arbeiterbewegung zu stossen. Obwohl ich nicht "Marxist" bin, kann unter den gegenwärtigen Umständen kein Zweifel sein, dass ich zur Linken gehöre."

Dr. Potthoff kam mit Erkelenz aus der Schule Naumanns. Er war in jüngeren Jahren Sekretär des Handelsvertragsvereins und von 1903 bis 1911 auch Mitglied des Reichstags für die damalige freisinnige Vereinigung, die sich später mit der Freisinnigen Volkspartei zur Fortschrittlichen Volkspartei verschmolz. Aus dieser ist 1919 die demokratische Partei hervorgegangen. Mehrere Jahre war Potthoff Syndikus des Deutschen Werkmeisterverbandes. Als Arbeitsrechtler hat Potthoff zahlreiche Schriften, u.a. über die Lage der Privatbeamten, veröffentlicht.

SPD. Die kommunistische Presse schreit laut auf, weil die Sozialdemokratie die kommunistische Rolle bei der Frage der Amnestie für die Fememörder aufgedeckt hat.

Allen Ablehnungsversuchen gegenüber sei noch einmal festgestellt:

Die kommunistische Partei hat bei der zweiten Lesung der Amnestie für die Fememörder im Reichstag dem Gesetz noch auf das schärfste widersprochen.

In der dritten Lesung aber haben die Kommunisten dem Amnestiegesetz zugestimmt.

Die KPD ist also für die Befreiung der Fememörder eingetreten.

Weshalb diese Wendung? Zwischen der ersten und der zweiten Lesung haben die Kommunisten einen Handel mit der Wirtschaftspartei und dem wirtschaftsparteilichen Justizminister abgeschlossen. Sie haben sich durch die Versprechung kaufen lassen, dass Hochverratsverfahren gegen die kommunistischen Abgeordneten Stöcker, Thälmann, Kippenberger und Schneller nach der Auflösung des Reichstages nicht durchgeführt würden!

Erst nieder mit den Fememördern - dann heraus mit den Fememördern aus den Gefängnissen !

Diese Haltung passt vortrefflich zu der neuesten Entwicklung der kommunistischen Partei. Erst hiess die Parole: Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trifft - und jetzt gesteht die KPD öffentlich ihr Bündnis mit den Faschisten zu

Wer KPD wählt, stärkt die Faschisten und befreit die Fememörder!

SPD. Die Staatsanwaltschaft Berlin hat gegen den Kommunisten Max Hölz ein Ermittlungsverfahren aus § 5, Ziffer 4 des Republiksschutzgesetzes eingeleitet. Anlass dazu gab seine Rede im Sportpalast, in der er zur Erschiessung von Volksgenossen aufgefordert hat.

Der angezogene § 5, Ziffer 4 des Republiksschutzgesetzes lautet: "Mit Gefängnis nicht unter drei Monaten, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann, wird bestraft wer öffentlich oder in einer Versammlung zu Gewalttätigkeiten gegen andere wegen ihrer politischen Betätigung oder zu Gewalttätigkeiten der im § 3, Absatz 1 bezeichneten Art (gegen den Reichspräsidenten oder ein Mitglied der Reichsregierung oder einer Landesregierung) auffordert.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so ist die Strafe Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann."

SPD. Die vor wenigen Tagen von einem Berliner Blatt verbreitete Nachricht, dass der Exkaiser den Nationalsozialisten zur Wahlpropaganda grosse finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt hat, ist bis heute nicht dementiert worden. Jetzt meldet der oppositionelle "Nationalsozialist" aus München, dass der Exkronprinz im Begriff stehe, Mitglied der Nazi-Partei zu werden. Nicht aus Liebe zu Hitler oder gar zu den kommunistischen Arbeitern, die sich zu ihm verirrt haben. Nein, in der bestimmten Erwartung, dass die Prätorianergarden dieserunter dem Einfluss ehemaliger Hofgesellschaften stehenden "Arbeiterpartei" dem Hohenzollernhaus und dem übrigen fürstlichen Klüngel eines Tages wieder zur Macht verhelfen. Nur in dieser Erwartung wird die Hitlerpartei von den Hohenzollern und anderen fürstlichen Geschlechtern reichlich mit Geld gespickt. Der "Nationalsozialist" weiss darüber im einzelnen noch zu melden:

"Prinz August Wilhelm ist nicht der einzige fürstliche "Arbeiter" in der Hitler-Partei: Ausser ihm gehören der NSDAP noch an der ehemalige Herzog von Koburg-Gotha, der Prinz Christian zu Schaumburg-Lippe, die Prinzessin Reuss u.a. Mit dem Eintritt des Exkronprinzen dürfte für eine Reihe ehemaliger deutscher Fürsten der Zeitpunkt gegeben sein, auch ihrerseits in die Hitlerpartei einzutreten. Wenn auch die Prinzen und Fürsten begreiflicherweise nicht so sehr in dem öffentlichen Leben der Partei eine Rolle spielen werden, so ist ihr Einfluss hinter den Kulissen um so grösser. Dass der Prinz August Wilhelm einzelnen Gauen und Gauführern der NSDAP Geldmittel zur Verfügung gestellt hat und noch stellt, ist ein offenes Geheimnis in der Partei. Der Prinz Christian zu Schaumburg-Lippe finanziert die gesamten seit kurzem im Rheinland neu herausgegebenen Tageszeitungen der NSDAP. Er ist zusammen mit Dr. Ley, dem rheinischen Gauleiter der Hitler-Partei, Teilhaber der Westmark-Verlag G.m.b.H. in Köln, die den Verlag von nationalsozialistischen Tageszeitungen in Köln, Aachen, Bonn, Koblenz und Trier zur Aufgabe hat."

Eine "Arbeiterpartei", die von fürstlichen Nichtstuern ausgehalten wird. So etwas ist in der ganzen Welt noch nicht dagewesen!

SPD. Frankfurt/M., 6. September (Eig. Dr.)

Im Frankfurter Schumann-Theater, das bis auf den letzten Platz gefüllt war, sprach am Sonnabend Philipp Scheidemann.

"Nachrichten aus England, - so führte Scheidemann unter Bezugnahme auf die Extratouren des Reichsministers Treviranus aus, - die mich als den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages erreichten, zeigen, dass die Stimmung dort gegenüber Deutschland in einer geradezu alarmierenden Weise umschlägt. Das grosse Londoner Abendblatt "Evening Standard" brachte dieser Tage einen Artikel, der sicherlich die Stimmung guter, englischer Kenner Deutschlands wiedergibt und in dem die ganze deutsche Friedenspolitik als Komödie

glossiert wird. In England scheint man über die Zusammenarbeit der deutschen Reichswehr mit russischen Kommandostellen mehr zu wissen, als deutsche Demen-tis zu entkräftigen vermögen. Seinerzeit ist in England unter dem Eindruck sozialdemokratischer Aussenpolitik die Geneigtheit gewachsen, den Youngplan zu revidieren. Wo aber soll es hinführen, wenn man jetzt auch in England und selbst in der Labour-Party an Deutschlands Ehrlichkeit zu zweifeln beginnt? Nur eine starke Sozialdemokratie kann wieder gutmachen, was von einzelnen Herren der Regierung Brüning aussenpolitisch zerschlagen worden ist.

Man weiss auch im Ausland, und wie mir scheint insbesondere in England, wie die Regierung Brüning zustande kam und dass sie auf Wunsch Hindenburgs und der ihm nahestehenden Kreise um Brüning und Treviranus gebildet wurde in der Absicht, den Willen des Volkes zu ignorieren und eine Politik auf eigene Faust zu machen. Ja, die volksfeindliche und verfassungswidrige Anwendung des Artikels 48 durch die Regierung Brüning soll, wenn man den offenen Be-kundungen der Herren Treviranus und Schiele glauben darf, nur ein kleiner An-fang, sozusagen ein Auftakt zum Vorspiel einer Regierungsweise sein, die mit Demokratie höchstens noch den Namen gemeinsam hat. Es ist jedoch eine Illusion wenn das Bürgertum sich einbildet, sich über die aufstrebende Arbeiterschaft hinwegsetzen zu können. Aber braucht man sich zu wundern, wenn angesichts der reaktionären innerpolitischen Bestrebungen das Ausland gegenüber Deutschland von Tag zu Tag misstrauischer wird? Mit Rücksicht auf den Wahlkampf wird es nicht möglich sein, dem an mich gerichteten Ersuchen zu entsprechen und den Auswärtigen Ausschuss einzuberufen. Aber selbst wenn es möglich wäre, hätte man auf die Auskünfte der Regierung Brüning kaum viel geben dürfen. Die hinter dieser Regierung stehende Minderheit am 14. September nicht zu einer Mehrheit werden zu lassen und ihren Rücktritt herbeizuführen, oder wenn es sein muss zu erzwingen, ist das Ziel der Sozialdemokratie!"

-----

SPD. Münster, 6. September (Eig. Drahtb.)

Im Rahmen der am Sonnabend abgehaltenen Generalversammlung des Volksver-eins für das katholische Deutschland erfolgte eine scharfe Abrechnung mit den Hakenkreuzlern.

Dr. Algersmissen sprach über die deutschen Katholiken im Kampfe mit den revolutionierenden Strömungen der Gegenwart. Wie die Linksrevolutionäre, so suche auch die revolutionäre Bewegung von rechts das Christentum durch eine heidnische Weltanschauung und den christlichen Kult durch einen atheistischen zu ersetzen. "In den rechtsradikalen Geistesströmungen treten - so sagte Algersmissen wörtlich - unter dem Symbol des Hakenkreuzes der Geist des ara-schen Heidentums und der kulturlosen Urwälder Germaniens zu Tage. Beide, Ha-kenkreuzler und die Männer mit dem Sowjetstern, lehnen sich gegen den christ-lichen Geist auf und suchen die christliche Kultur zu zertreten."

Trotzdem haben es die christlichen Gewerkschaften bisher abgelehnt, den Trennungsstrich zwischen sich und den Hakenkreuzlern zu ziehen.

-----

SPD. Am Montag versammeln sich in Genf unter dem Vorsitz Briands die Aus-senminister von 26 Staaten, um den Plan einer "Organisierung Europas" zu be-sprechen. Als Diskussionsgrundlage dienen das Memorandum Briands und die darauf eingegangenen 26 Antworten.

Niemand wird erwarten, dass die "Organisierung Europas" innerhalb kurzer Zeit verwirklicht wird. Selbst im günstigsten Falle würden Jahre verstreichen, ehe die paneuropäischen Ideen auch nur den Anfang einer praktischen Verwirk-lichung finden. Aber allem Anschein nach stehen gegenwärtig die Aussichten nicht günstig, so dass man sich von der Genfer Zusammenkunft nicht allzu viel versprochen darf. Was über die Verabredungen verlautet, die zwischen Briand

und Henderson hinsichtlich des Verfahrens getroffen worden sind, zeigt deutlich, dass man in diesem Jahre kaum noch über das Stadium der Vorbesprechungen hinaus zu kommen glaubt: es soll ein engerer Aktionsausschuss eingesetzt werden, der erst im September 1931 der übernächsten Völkerbundsversammlung Vorschläge unterbreiten wird.

Auf Grund der eingegangenen schriftlichen Antworten ergibt sich klar, dass die Meinungen über das zu erstrebende Ziel noch ausserordentlich stark von einander abweichen. Fast jeder Staat, zumindest aber jede Staatengruppe erwartet von der Schaffung einer europäischen Föderation etwas anderes. Frankreich, Polen und die Kleine Entente erblicken in diesem Plan die Möglichkeit zur Befestigung des politischen Status quo, das heisst zur Sicherung der Vorteile, die ihnen die Friedensverträge von 1919 verschafft haben. Italien will seine Mitwirkung scheinbar von einer Revision der Verträge abhängig machen, in Wirklichkeit will es vorerst seine kolonialen Ansprüche befriedigt sehen und die militärische und maritime Gleichstellung mit Frankreich durchsetzen: für Mussolini ist die Drohung mit der Obstruktion gegen die Pläne Briands ein bequemes Druckmittel gegenüber Frankreich. Deutschland hütet sich zwar die Forderung der Vertragsrevision in den Vordergrund zu stellen, aber es gibt dennoch zu verstehen, dass es in der Organisierung Europas kein Mittel für die Sicherung des Status quo, sondern umgekehrt für die Korrektur der schlimmsten Verirrungen von 1919 erblickt. England steht grundsätzlich dem Plan Briands kühl und fast misstrauisch gegenüber. Denn England ist nicht nur eine Insel mit anderen Problemen als die übrigen europäischen Staaten, es ist überhaupt keine europäische Macht im üblichen Sinne, sondern eine Weltmacht mit Interessen in allen Erdteilen. Wenn jedoch der Plan Briands eine so wenig verheissungsvolle Aufnahme gefunden hat, so ist der französische Aussenminister zum Teil selbst schuld daran. Er hat den Fehler begangen, in seinem Memorandum das praktisch Erreichbare zu vernachlässigen. Er hat die politischen Gesichtspunkte vorangestellt und die Lösung der wirtschaftlichen Probleme von der vorherigen Regelung der politischen Fragen abhängig machen wollen.

Wenn die neue Aussprache in Genf etwas Erspriessliches schaffen soll, so kann das nur geschehen, indem man den Fehler Briands wiedergutmacht und die wirtschaftlichen Fragen als die dringenderen und die aussichtsreicheren erkennt und behandelt. Dies war auch der Gedanke, den Stresemann in seiner letzten Genfer Rede, der letzten vor seinem Tode, entwickelte: Abschaffung der Zollgrenzen, der Passvorschriften und aller sonstigen Schrauben, die das Wirtschaftsleben unseres Kontinents unnötig erschweren, Schaffung einer einheitlichen europäischen Währung usw. In dieser Richtung liesse sich schon jetzt manches erreichen, was für die Vorbereitung einer späteren politischen Vereinheitlichung von grösstem Nutzen wäre.

SPD. Bochum, 6. September (Eig. Drahtb.)

Der vor wenigen Wochen bei einer Propagandafahrt ins bergische Land tödlich verunglückte Gaugeschäftsführer der Nationalsozialisten Budgereit aus Bochum war - wie sich jetzt herausgestellt hat - neben seiner hauptamtlichen Tätigkeit für die Hitlerpartei noch Spitzel im Dienste der Politischen Polizei. Er versorgte die Polizei mit wichtigem Material aus der Hitlerbewegung und soll dafür durchschnittlich 300 Mark monatlich erhalten haben.

Als die Parteifreunde Budgereit's von dessen Doppelrolle erfuhren, überhäufte sie die Frau des Verstorbenen mit endlosen Schmähungen. Frau Budgereit hat daraufhin alle von den Nationalsozialisten gespendeten Kränze von dem Grabe ihres Mannes entfernt. Aus Rache planen die Nationalsozialisten jetzt die Leiche des S.A.-Mannes König, der seinerzeit ebenfalls tödlich verunglückte und mit Budgereit in einem Grab beigesetzt wurde, ausgraben und anderswo bestatten zu lassen.

SPD. London, 6. September (Eig. Drahtb.)

Aus ausführlichen Berichten über den Verlauf der gescheiterten englisch-indischen Friedensverhandlungen und dem Wortlaut des Briefwechsels zwischen Gandhi und dem Vizekönig ergibt sich, dass die von den gemässigten indischen Führern versuchte Vermittlung von Anbeginn aussichtslos gewesen ist.

Diese Auffassung findet ihre Bestätigung in den auszugsweise vorliegenden Betrachtungen der liberalen indischen Presse. Während der gesamten Verhandlungsdauer hätte sich - so melden die Blätter - der indische Vizekönig in scharfem Gegensatz zu den beiden Nehrus befunden. Der Vizekönig habe sich als Vertreter der anglo-indischen Regierung bemüht, die Führer der indischen Freiheitsbewegung und die Vertreter des Allindischen Kongresses an den Konferenzort nach London zu bringen. Dazu wäre ein Waffenstillstand notwendig gewesen, wobei die Boykottfrage hätte unberührt bleiben können. Als Gegenleistung hätte der Vizekönig eine Amnestie für die politischen Gefangenen und die Zurücknahme gewisser Regierungsmassnahmen in Aussicht gestellt. Gandhi und die beiden Nehru's hätten dagegen als Vorbedingung für einen Waffenstillstand vollkommene politische und wirtschaftliche Freiheit Indiens und damit seine Anerkennung als selbständiger Staat verlangt. Sie hätten selbst die Zahlung der indischen Staatsschulden von einem neutralen Schiedsgericht geregelt wissen wollen. Erst nach der Anerkennung dieser "grundsätzlichen Vorbedingungen" wären die indischen Kongressführer bereit gewesen, über einen Waffenstillstand zu verhandeln. Gandhi selbst sei zu Konzessionen bereit gewesen, sei jedoch von den beiden Nehrus überstimmt worden.

In Anbetracht der gescheiterten Verhandlungen wird die in London stattfindende anglo-indische Konferenz ohne Vertreter des Allindischen Kongresses vor sich gehen. Was das heisst, ergibt sich daraus, dass der Kongress heute die grosse Mehrheit der in den indischen Städten wohnenden indischen Bevölkerung repräsentiert, ganz zu schweigen von Millionen bereits erwachter Bauern, die sich gleichfalls der Kongressbewegung angeschlossen haben.

-----  
SPD. Warschau, 6. September (Eig. Drahtb.)

Pilsudski erteilte dem Chefredakteur der "Gazetta Polska" am Sonnabend ein Interview, das ebenso mit Schimpfworten gespickt ist wie alle bisherigen Unterredungen des Marschalls mit Pressevertretern. Die Abgeordneten werden als "unmoralische Bande", "ausrangierte Mähren, schlechte Wallachen", "stinkende Parteien", "luftverpestendes Aas" usw. bezeichnet. Sie wünschten immer nur Geld. Die Regierung müsse ihre Hotels, ihre Bordells usw. bezahlen.

Pilsudski befasst sich in dem Interview schliesslich noch mit der Wahlordnung, von der er noch nicht genau wisse, ob sie überhaupt zu Recht bestehe.

-----  
SPD. Nottingham, 6. September (Eig. Drahtb.)

Der britische Gewerkschaftskongress wurde am Sonnabend abgeschlossen. Der aus 32 Mitgliedern bestehende Generalrat wurde wiedergewählt.

-----  
SPD. Frankfurt/M., 6. Sept. (Eig. Drahtb.)

Mit welcher Skrupellosigkeit die Nationalsozialisten Wahlagitation treiben wird durch einen Vorgang beleuchtet, der sich in Frankfurt/Main abgespielt hat. Zahlreiche stellunglose Mitglieder einer bürgerlichen Gewerkschaft wurden dieser Tage per Postkarte zu einer Besprechung eingeladen. Als Einberufer der Versammlung wurde die betreffende Gewerkschaft, Kreisverein Nordend Frankfurt/Main genannt. Auf Anfrage bei dem Verband stellte sich jedoch heraus,

dass er mit der ganzen Sache nichts zu tun hatte. Sein Name war von der Nationalsozialistischen Partei zu Wahlzwecken missbraucht worden. Was die Betrüger nicht abhalten wird, der Wählerschaft weiterhin "die Reinigung des öffentlichen Lebens von allen Korruptionserrscheinungen" zu versprechen. Wann werden sie endlich bei sich anfangen ?.

---

SPD. Der Deutsche Metallarbeiterverband hat den Verband der Berliner Metallindustriellen gebeten, so rasch als möglich einen Verhandlungstermin anzusetzen und, da die Tarifkündigung ohne Begründung erfolgt sei, mitzuteilen, ob er eine Erhöhung der Löhne oder eine tariflose Zeit herbeiführen wolle. Der Unternehmerverband wich diesen Fragen aus. Er teilte mit, er könne erst in der zweiten Septemberhälfte über den Neuabschluss des Lohntarifs verhandeln. Wie er sich die Abänderung des Lohntarifs denkt, darüber schwieg sich der Unternehmerverband völlig aus.

Erst die Wahlen, dann die Lohnverhandlungen, sagt sich der Verband Berliner Metallindustrieller. Nach den Wahlen wird er das Geheimnis seiner Abänderungswünsche lüften.

---

SPD. Paris, 6. September (Eig. Drahtb.)

Aus Anlass des 16. Jahrestages der Marneschlacht hat die französische Nordbahn den Vereinigten Staaten von Amerika den Waggon Nr. 23987 zum Geschenk gemacht, in dem französische und amerikanische Soldaten zusammen an die Front geschafft wurden. Der Eisenbahnwagen stellt eines jener Modelle dar, an dessen Aussenwand die Worte stehen: "40 Mann, 8 Pferde!".

---

SPD. Amsterdam, 6. Sept. (Eig. Drahtb.)

In der Oelanlage der Batavischen Petroleumgesellschaft in Willemstad auf der Insel Curacao ereignete sich am Sonnabend durch Sprengung eines Vakuumbehälters eine furchtbare Explosion, durch die sieben Personen auf der Stelle getötet und 23 zum Teil schwer verletzt wurden. Die von dem Unglück betroffenen Arbeiter sind Eingeborene.

---

SPD. Frankfurt/Main, 6. Sept. (Eig. Dr.)

Vor dem Bühnenschiedsgericht in Frankfurt/Main kam am Sonnabend eine Klage gegen den nationalsozialistischen thüringischen Innen- und Kultusminister Frick zur Verhandlung. Kläger war Generalmusikdirektor Bondarz vom Stadttheater in Meiningen. Frick hat den abgelaufenen Vertrag mit Bondarz nicht mehr erneuert, weil er den Posten dem nationalsozialistischen Kapellmeister Trinius in Gotha trotz des heftigsten Widerspruchs der Intendantur, der Meiningener Stadtverwaltung und der gesamten Meiningener Presse verschaffen will. Natürlich handelt es sich nach den Erklärungen Fricks nicht um die Unterbringung eines politischen Gesinnungsgenossen, sondern lediglich um ein Gebot der Sparsamkeit. Das Gericht kam zu keinem Urteil. Es schlug den Parteien einen Vergleich vor, nach dem Bondarz 1000 Mark erhalten soll. Ob er darauf eingeht, darf bezweifelt werden.

Der thüringische Innen- und Kultusminister, der es vorzog, nicht persönlich vor dem Bühnenschiedsgericht zu erscheinen, ist ein sehr sparsamer Mann. Als er jedoch mit dem Staat Thüringen seinen Gehalts- und Pensionsvertrag abschloss, hat er es jedoch peinlich vermieden, seine Sparwut auch an sich selbst auszulassen.

---



SPD. Paris, 6. September (Eig. Drhtb)

Der französische Arbeitsminister Laval hat am Sonnabend-nachmittag die Delegierten des Textilkonsortiums von Roubaix und Tourcoing und im Anschluss daran die Vertreter der Arbeiter empfangen. Der Arbeitsminister versuchte, auf Grund des Vorschlages des Altbürgermeisters von Roubaix, Eugen Motte, der in seinen Wollkämmereien 2000 Arbeiter beschäftigt, den Arbeitsfrieden herzustellen. Das Ergebnis der Unterredung dürfte kaum vor Ablauf von 24 Stunden bekannt werden.

In der "Lumiere", der radikal-republikanischen Wochenzeitschrift wird am Sonnabend die Frage aufgeworfen, wie es dem grössten Schädling der französischen Arbeiterschaft, dem Syndikus Ley gelungen ist, trotz seiner mehr als dunklen Vergangenheit eine so einflussreiche Position zu bewahren. Als die Deutschen aus dem nordfranzösischen Gebiet zurückgewichen seien, habe die Bevölkerung mit Recht erwartet, dass dieses Individuum, das sich während des Krieges auf das Unheilvollste betätigt habe, nun öffentlich überführt würde. Das Gegenteil sei der Fall gewesen: die Clique der Fabrikanten habe schützend ihre Hand über ihn gehalten und ihm in der Folge eine Macht über die Arbeiter gegeben, wie sie in dem gegenwärtigen Streik offenbar geworden sei. Herriot und Briand würden ungestraft von gewissen Kreisen als Verräter behandelt, ein Ley aber würde mit Ehren überschüttet. Das sei nicht anders erklärlich, als dass Ley eben im Besitz gewisser Dokumente sei, die ihm die Macht geben würden, die ihm feindlich gesinnten Fabrikanten, deren Zahl übrigens täglich zunehme, kuschend in Schach zu halten.

-----

SPD. Genf, 6. September (Eig. Drahtb.)

Die 60. Tagung des Völkerbundsrates wird am Montag mit einer vertraulichen Besprechung über Budgetfragen usw. eröffnet werden. In der anschliessend stattfindenden öffentlichen Sitzung wird u. a. der Bericht der Mandatskommission über Palästina erstattet. Am Dienstag wird sich der Rat mit der Frage der Nachfolge des Präsidenten der gemischten Schiedskommission in Oberschlesien, Calonder, befassen. Ausserdem wird er sich mit einer Änderung der Verfassung der Hansestadt Danzig beschäftigen. Danzig selbst hat einen entsprechenden Antrag gestellt. Es wünscht eine Verkleinerung seines Senats von 22 auf 12 Senatoren und des Volkstages von 120 auf 72 Abgeordnete. Ausserdem hat es die Einführung des rein parlamentarischen Systems beantragt.

-----

SPD. Frankfurt/M., 6. Sept. (Eig. Drahtb)

Ein in der Frankfurter Justizverwaltung tätiger Referendar Rühle wurde wegen seiner Mitgliedschaft zur nationalsozialistischen Partei aus dem Justizdienst entlassen. Andere Justizbeamte, die sich aktiv für die Nazis betätigen, sind dem preussischen Justizminister zur weiteren Veranlassung gemeldet worden.

-----

SPD. Münster, 6. September (Eig. Drahtb.)

In der am Sonnabend abgehaltenen Hauptversammlung des Katholischen Volksvereins machte der frühere Reichskanzler Wilhelm Marx Ausführungen, die in Anbetracht der Kampagne gewisser Zentrumsblätter gegen die "religionsfeindliche" Sozialdemokratie besonders hervorgehoben zu werden verdienen. Marx führte aus :

"Das katholische Volk ist - ich sage es ganz offen und gestehe es mit einer gewissen Wehmut - erst durch die Revolution und durch die Weimarer Verfassung zu der Freiheit gekommen, nach der es jahrzehntelang gestrebt und um

die es gekämpft hat und wie sie von dem früheren Regime uns nie gewährt worden ist. Erst die Verfassung von Weimar hat die kleinliche und schikanöse Behandlung beiseite geschafft, unter der wir deutschen Katholiken lebten."

-----  
SPD. Smyrna, 6. September (Eig. Drahtb.)

Am Sonnabend kam es in Smyrna wiederum zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und Anhängern der neutürkischen Oppositionspartei. Die Menge versuchte zunächst, die Redaktion des Regierungsorgans "Anadolu" zu stürmen. Die Polizei war von dieser Absicht unterrichtet worden und hielt deshalb die Redaktionsräume besetzt. Als die Demonstranten erschienen, wurden sie von der Gendarmerie mit einer Gewehrsalve empfangen. Ein Schüler wurde getötet, vier Personen wurden schwer und drei leicht verletzt. Zahlreiche Demonstranten erwiderten das Feuer der Polizei mit Revolverschüssen. Kaum war die Ruhe wieder hergestellt, als eine hundertköpfige Menschenmenge sich anschickte, das Klubhaus der regierenden Volkspartei zu stürmen, in das sich der Justizminister Mahmut Essat geflüchtet hatte. Es gelang der Polizei, den Sturm abzuwehren. Die Menge zog jedoch erst ab, als sämtliche Fensterscheiben des Klubhauses zertrümmert waren. Im Zentrum der Stadt wurden dann die Demonstrationen fortgesetzt. Alle Strassen wurden am Sonnabend von den Anhängern der Opposition beherrscht. Eine von den Behörden organisierte Gegenkundgebung schlug fehl und wurde von den Anhängern der Opposition mit einer ungeheuren Demonstration gegen die Regierung beantwortet. Die Behörden sahen sich schliesslich gezwungen, zur Unterstützung der Polizei Militär heranzuziehen.

Der Führer der neutürkischen Opposition, Felhi Bej, dessen Anwesenheit in Smyrna den äusseren Anlass zu den Demonstrationen gab, hat für Montag eine Massenkundgebung einberufen und beabsichtigt nach seiner Erklärung, beruhigend auf die Masseneinzuwirken. Der in Stambul weilende Premierminister Ismet Pascha erklärte am Sonnabend anlässlich der Unruhen, dass gegen die Urheber der Demonstrationen mit aller Strenge vorgegangen werde.

-----  
SPD. Buenos Aires, 6. Sept. (Eig. Drahtb.)

Argentinien befindet sich seit Sonnabend in vollem Aufruhr. Truppen des Generals Uriburu haben grosse Teile der argentinischen Hauptstadt besetzt. Sie fordern von Irigoyen, dass er endgültig zurücktrete und die Regierungsgeschäfte einer Militärregierung übergeben werde. Falls dieser Forderung nicht freiwillig entsprochen werde, sollen die Regierungsgebäude militärisch besetzt und die Minister verhaftet werden. Blutige Auseinandersetzungen scheinen unvermeidlich.

-----  
SPD. Budapest, 6. September (Eig. Drahtb.)

Auf Veranlassung der Kriminalpolizei wurde der Direktor der Czepeler Wollfabrik Paul Földes verhaftet. Földes ist Mitglied der Kommunistischen Partei und hat insbesondere in letzter Zeit enge Beziehungen zu den kommunistischen Organisationen in Wien und Berlin unterhalten. Er wird beschuldigt, am 1. September die blutigen Zusammenstösse am Eingang des Stadtwäldchens veranlasst zu haben.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.)

## An das geistige Deutschland!

SPD. Unsere Zeit ist Übergang. Alles Sein und Bewusstsein ist unsicher und schwankend geworden. Darunter leiden gerade die denkenden Menschen. Sie fühlen alle, dass die Zukunft unseres Volkes auf einer neuen Ebene aufgebaut werden muss, dass nur von dort aus Lösungen für die entscheidenden Fragen unserer Zeit gewonnen werden können.

Die bürgerlichen Parteien aller Richtungen haben versagt. Die bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, aus der die katastrophale Krise unserer Tage erwuchs, bleibt ihnen heilig und unantastbar. All ihr Beginnen ist armseliges Flickwerk. Mit völlig unzulänglichen Mitteln suchen sie die Freiheit der Gesamtheit zugunsten der Freiheit Weniger zu fesseln. Dazu brauchen sie die Unterdrückung der geistigen Freiheit. Daher die unerträgliche Reaktion in der Justiz, die Einschnürung der künstlerischen Freiheit, die Vernachlässigung eines wirklich demokratischen Ausbaus unseres Bildungswesens, daher die religiöse Intoleranz. Nur die sozialistische Ordnung, in der das Wohl der Gesamtheit wirklich Leitmotiv des staatlichen Handelns und des gesellschaftlichen Aufbaues ist, wird auch der Wahrheit schlechthin die Freiheit schenken. Die Wahrheit erst wird die Menschen frei machen.

Die bürgerlichen Parteien hängen noch zum überwiegenden Teile dem Wahne nach, durch neuen Krieg könne Deutschlands Geltung in der Gemeinschaft der Völker und seine Wirtschaft gestärkt werden. Auch wir wollen, dass Deutschland zu neuer Blüte erwachse und mit voller Gleichberechtigung im Kreise der Nationen stehe. Der Krieg aber, das klägliche und grauenhafte letzte Auskunftsmittel des bürgerlich-kapitalistischen Systems führt zur Vernichtung. Je klarer und entschiedener wir Deutsche ihn ablehnen, desto sicherer wird es uns im friedlichen wirtschaftlichen und kulturellen Wettbewerb, der sich auf das Recht stützt, gelingen, zu einer vernünftigen Lösung der aussenpolitischen Fragen, nicht zuletzt auch zu einer Abbürdung der weltwirtschaftlich sinnlosen Reparationslasten zu gelangen.

Wir wenden uns an alle, die geistig jung und aufgeschlossen sind. Es geht bei dieser Wahl um eine grosse Entscheidung: ob wir mit der Vergangenheit untergehen oder Bannerträger einer neugestalteten Zukunft sein wollen. Ein auch nur vorübergehender Sieg der Reaktion in Deutschland bedeutet die Katastrophe. Nur der bewusst und planvoll gewollte Übergang zu einer neuen Ordnung, die auf den Lebensnotwendigkeiten und dem Wohl der Gesamtheit aufgebaut ist, wird Deutschland einer Zukunft entgegenführen können, in der innere Befriedung und äussere Geltung errungen werden.

Bei der Auswahl der Partei, der wir am 14. September unsere Stimme geben, um unseren politischen Willen zum Ausdruck zu bringen, müssen die grossen Grundsätze entscheidend sein, nach denen eine Partei ihr Handeln bestimmt sein lassen will. Wer eine Zukunft des inneren und äusseren Friedens wünscht, muss sich jetzt zur Sozialdemokratie bekennen.

Sozialdemokratischer Intellektuellenbund

Der geschäftsführende Vorstand

Marx-Heidelberg, Pfeiffenberger-Mannheim, Sturmfels-Darmstadt.

Diesem Aufruf schliessen sich an :

Univ. Professor Dr. v. Aster-Giessen  
Geh. Regierungsrat Dr. Bachem-Berlin  
Pfarrer Bleier-Berlin  
Oberschulrat Dr. Deiters-Kassel  
Stadtarzt Dr. Drucker-Berlin  
Ministerialrat Dr. Flatow-Berlin  
Dr. med. Kaethe Frankenthal-Berlin  
Reichsgerichtsrat Dr. Grossmann-Leipzig  
Univ. Professor Dr. Grotjahn-Berlin

Oberregierungsrat Dr. Hamburger M.d.L.-Berlin  
Regierungspräsident v. Harnack-Merseburg  
Univ.Professor Dr. Gumbel-Heidelberg  
Univ.Professor Dr. Heimann-Hamburg  
Oberbürgermeister Dr. Heimerich-Mannheim  
Schriftsteller Georg Hermann-Neckargemünd  
Oberstudienrat Dr. Hess-Nürnberg  
Gertrud Hermes-Leipzig  
Professor Dr. Hueter-Giessen  
Oberverwaltungsgerichtsrat Kroner-Berlin  
Staatssekretär Krüger-Berlin  
Oberlandesgerichtsrat Dr. Kullmann-Karlsruhe  
Univ.Professor Dr. Laun-Hamburg  
Univ.Professor Dr. Lederer-Heidelberg  
Univ.Professor Dr. Lessing-Hannover  
Univ.Professor Lindemann-Köln  
Univ.Professor Dr. Marck-Breslau  
Univ.Professor Dr. Maurenbrecher-München  
Direktor Carl Mennicke-Berlin  
Privatdozent Dr. Marschak-Heidelberg  
Beigeordneter Dr. h.c. Meerfeld-Köln  
Univ.Professor Dr. Meusel-Aachen  
Stadtrat Dr. Michel-Frankfurt/Main  
Oberstudiendirektor Dr. Müller-Potsdam  
Fritz Naphtali M.d.RWR.-Berlin  
Professor Dr. Möller, Tierärztliche Hochschule-Berlin  
Professor Dr. Östreich-Berlin  
Senatspräsident Dr. Orgler-Berlin  
Stadträtin Meta Quarck-Hammerschlag-Frankfurt/Main  
Univ.Professor Dr. Piper-Münster/Westf.  
Univ.Professor Dr. Radbruch-Heidelberg  
Oberschulrat Dr. Runge-Münster/Westf.  
Univ.Professor Dr. Schaxel-Jena  
Univ.Professor Dr. Schmidt-Bonn  
Univ.Professor Anna Siemsen-Jena  
Staatssekretär Dr. Staudinger-Berlin  
Präsident a.D. Professor Dr. Strecker-Berlin  
Rechtsanwalt Dr. Suessheim-Nürnberg  
Ministerialrat Dr. Thoma-Karlsruhe  
Univ.Professor Dr. Tillich-Frankfurt/Main  
Univ.Professor Dr. Wuensch-Marburg.

---

# „Aus aller Welt“

Bei den Komu-Nazis zu Gast.

Ein Gang durch die Sudelküchen der Radikalinskis.

SPD. In Berlin befindet sich in der Lindenstrasse 63 eine etwas düster- und zerfallen aussehende Kneipe, die die kommunistischen Macher zu ihrem "Zentralwahllokal" ernannt haben. Draussen hängen, mehr schlecht als recht gemalt, einige der zahlreichen Parolen, die das Moskauer Ekki für die braven deutschen Untertanen am laufenden Bande zu liefern pflegt. Es heisst da "Für ein freies sozialistisches Sowjet-Deutschland!", "Schafft rote Wahlausschüsse!", "Agitationslokal der RGO", "Bildet Betriebswehren gegen den Faschismus!" und was der schönen Phrasen noch mehr sind. Wenn man hinein geht, ohne den Sowjetstern am Rockaufschlag, so begrüsst einen der sehr misstrauische und prüfende Blick eines schwergewichtigen jüngeren Mannes, der hier anscheinend die Oberaufsicht ausübt. Dieser Schwergewichtler, der jeder Sturmtruppe des RFB bestimmt schlagkräftige Ehre machen würde, hat fabelhafte Übung darin, sich wie ein Geier auf die Ankömmlinge zu stürzen und sie um einen Beitrag für den kommunistischen Wahlfonds anzubetteln. An der Theke stehen ein paar merkwürdig düster dreinschauende Gestalten und tun, als ob ganz Berlin scharf auf die KPD und ihr seltsames Zentralwahllokal in der Linienstrasse wäre. Ein vielleicht 18 jähriger Jüngling, zwar noch nicht wahlberechtigt, aber mit um so grösserem Mundwerk begabt, führt die "Diskussion". Das heisst, er schimpft wie ein aufgedrehtes Grammophon auf jeden, der es wagt, anderer Meinung zu sein als er.

## Mollen-Politik.

Bald kommen die Intellektuellen aus dem benachbarten Karl Liebknecht-Haus am Bülowplatz, und nun kommt der Rummel erst richtig in Fluss. Blasse Herren mit riesigen Hornbrillen und Sowjetsternen von überlebensgrossem Format auf der Heldenbrust. "Genosse", beginnt der Mann, der wie ein Boxkämpfer mit bewegter Vergangenheit aussieht, "kleben wir heute?" "Nun", erwidert der Blasse "aber feste. Ist die ganze Farbe schon verbraucht?"

Auch die Kinder vom Jung-Spartakusbund wollen für Moskau in den heiligen Krieg ziehen. Im Nebenzimmer üben die hellen Stimmen der Kleinen im Sprechchor die schönen, allseits bekannten Verschen der Kommunisten, deren Refrain fast immer auf eine Beschimpfung der Sozialdemokratie hinausläuft, wobei eine dunkle Stimme im Kommandoton den Takt angibt.

So wird hier zwischen Bier-Mollen, Kartenspiel und Dressur zu nicht verstandenen Phrasen der Kampf für die heiligsten Güter von Moskau aufgenommen. Um etwas Stimmung aufkommen zu lassen, spielt ein Grammophon den Rotgardistenmarsch und Herr Neumann, der Hausknecht des grossen Stalin, erzählt mit etwas fettiger Stimme auf der Wahlplatte, wie herrlich es in Moskau ist und wie unsäglich schlecht in Berlin. Später legt man einen Foxtrott auf; man erfährt interessante Neuigkeiten über die schönen Beine der Elisabeth...

## Die rassereinen Nazis im - Afrika-Kasino.

Nach dem Schema wie ihre Brüder von links arbeiten die Nationalsozialisten im Afrika-Kasino in der Lützowstrasse haben sie ihr Hauptquartier aufgeschlagen und wenn auf den Plakaten der NSDAP nicht zu lesen wäre: "Wählt Liste...", so könnte man wirklich annehmen, noch bei den Eunuchen des roten Zaren Stalin zu weilen. Genau dieselbe Aufmachung. Genau die gleiche sinnlose Beschimpfung der Sozialdemokratie, derselbe verbissene und schmierige Hass gegen alles, was Aufbau und Gegenwart bedeutet. Neben dem dummen Taschenspieler scherz: "Der Sozialismus soll siegen, der Marxismus unterliegen!" liest man schon am Eingang

den hakenkreuzverzierten Schrei "Deutschland erwache, wähl Liste ..."; zwei Hitler-Fahnen hängen aus den Fenstern des Lokals heraus. Sofort empfangen einen die unsympathischen Rowditypen mit aufgekämpelten Ärmeln mit den üblichen Redensarten und Pöbeleien. Im Innern wird vorerst zahlreich und kräftig auf das kommende Dritte Reich angestossen. Es ist nicht zu leugnen, das nationalsozialistische Bekenntnis ist für den Wirt des Afrika-Kasinos offensichtlich ein gutes Geschäft. Mehr oder weniger sind alle diese braven SA- und SS-Männer angesäuselt, und wenn die alkoholische Präparierung sich im nötigen Fortgeschrittenheitsstadium befindet, dann ziehen die Rotten Hitlers zur Bekehrung Andersdenkender mit Hieb- und Stichwaffen aus.

+ + +  
16 000 Meter hoch!

Der Aufstieg Professor Piccards in die Stratosphäre -- Ein ungeheures Wagnis.

SPD. In den nächsten Tagen ist eine physikalische und technische Sensation zu erwarten: der aus der Schweiz stammende Professor Piccard von der Universität Brüssel beabsichtigt, von Augsburg aus, wo er bereits eingetroffen ist, mit einem Freiballon 16 000 Meter hoch, also in die Stratosphäre, aufzusteigen. Da die bisher von einem Amerikaner erreichte Höhe nur 12 000 Meter beträgt, würde, das Gelingen der mutigen Tat vorausgesetzt, mit dem Versuche Professor Piccards ein neuer Höhenweltrekord erreicht sein. Die grösste Höhe würde auch mit dem grössten Freiballon der Welt erobert werden: das von der Augsburger Firma Riedinger hergestellte Ungetüm hat einen Durchmesser von 30 Meter.

Professor Piccard legt Wert auf die Feststellung, dass es ihm nicht um die Sportsleistung und um den Rekord zu tun ist, sondern um die Wissenschaft, um die Erforschung der Stratosphäre. Insbesondere handelt es sich um das Studium des Wesens der kosmischen Strahlen und der Erdstrahlen. Natürlich sind genaue Sicherheitsvorkehrungen getroffen. Die dem Ballon anhängende von Professor Piccard besonders konstruierte Gondel, eine luftdicht abgeschlossene Aluminiumkugel, hat einen Durchmesser von 2,10 Meter und ist mit einer Ionisationskammer, einem Elektrometer, einer Geislerschen Zählkammer mit Photomesser ausgestattet. Im Innern der Gondel wird vermutlich eine Temperatur von 20 bis 25 Grad Wärme herrschen. Diese Temperatur ist dadurch regulierbar, dass die Hälfte der Kugel mit schwarzer Farbe bestrichen ist; es ist möglich, die farblose Aluminiumseite den Sonnenstrahlen zuzudrehen, wenn es im Innern der Kugel zu warm ist und umgekehrt. Die Luftzufuhr erfolgt durch zwei Apparate mit Pressluft und flüssigem Sauerstoff. Auch das Gewicht kann differenziert werden. Professor Piccard führt 500 Kilogramm Bleischrot als Ballast mit, die in jeder gewünschten Menge mittels eines Messingtrichters abgeworfen werden können. Das Gasventil wird vom Innern der Gondel aus durch ein Seil reguliert. Die Gondel kann vollkommen luftdicht abgeschlossen werden. Die Ausgucköffnungen sind durch 5 Zentimeter starkes Glas verschlossen. An der Gondel ist unten ein kleiner Fallschirm angebracht; er soll beim Abstieg Bremswirkung ausüben.

Der Aufstieg verlangt vollkommene Windstille. Der Ballon wird nur mit 8200 Kubikmeter Wasserstoffgas gefüllt werden, sodass sich das Gas noch in stärkster Masse ausdehnen kann, ohne dass der Ballon an Tragkraft verliert. In etwa 14 bis 15 000 Meter Höhe wird die Hülle prall sein. Ein Ventil im Pol der Hülle ermöglicht auch früheres Absteigen. Vorläufig wird mit fünf Stunden Aufstieg gerechnet.

Piccard's Unternehmen birgt ungeheure Gefahren in sich. Über die Luftströmungen und Temperaturen in den Höhen, in die Professor Piccard eindringen will, weiss man Genaues nicht. Der Forscher lässt sich von seinem Assistenten Kipfer, dem früheren Sekretär Albert Einsteins, begleiten.

+ + +

Wem fehlen 12 000 Gulden? Ein in Aachen verhafteter deutscher Staatsangehöriger, der 12 000 Gulden in 1000 Guldenscheinen bei sich trug, behauptete, diese von jemand erhalten zu haben, der im Mai d.J. das Geld in der Gegend von Rotterdam stahl und sich nicht mehr am Leben befindet. Die niederländische Polizei war bisher nicht in der Lage, jemand ausfindig zu machen, der damals 12 000 Gulden einbüßte.

+ + +  
40 000 Kronen für die "Bratvaag"-Besatzung. Es steht nunmehr fest, dass die Besatzung der "Bratvaag", die für die Auffindung der Reste der Andree-Expedition Finderlohn verlangt, zum Ausgleich ihrer Forderungen 40 000 Kronen durch die Gesellschaft, die die Hilfsexpedition Dr. Horns ausrüstete, erhalten wird.

+ + +  
Ford unterwegs. Der amerikanische Automobilkönig Henry Ford ist an Bord der "Bremen" nach Deutschland abgereist. Er wird Berlin, Köln und Oberammergau besuchen.

+ + +  
Verhafteter Suggestionstrüger. Die Warschauer Polizei verhaftete dieser Tage einen Mann, der sich für einen Inder namens Puner Bhava ausgab und der in Warschau eine Sekte der Satansmüldiger gegründet hatte. Die Mitglieder dieser Sekte beherrschte Bhava dank seiner aussergewöhnlichen Suggestionenkräfte so sehr, dass es ihm gelang, sie zur Hergabe ihres ganzen Vermögens zu verleiten. Es kam sogar so weit, dass einige Mitglieder der Sekte, darunter 2 junge Studenten und eine Studentin der Warschauer Universität, auf Bhavas Befehl hin Selbstmord verübten. Die Untersuchung ergab, dass es sich um keinen Inder, sondern um einen 85 jährigen Polen namens Czeslaw handelt, der dank seiner Suggestionenkräfte bereits ein sehr abenteuerliches Leben hinter sich hat. Vor dem Kriege "arbeitete" Czyski eine zeitlang in Petersburg, Moskau und Berlin. In Berlin war er wegen Verführung einer Gräfin Seydlitz, die er in den Wahnsinn trieb, zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. In Moskau und Petersburg soll er ständiger Gast der Zarenfamilie gewesen sein, die ebenfalls eine zeitlang unter seinem Einfluss gestanden hat. Bei der Verhaftung fand man in seiner elegant eingerichteten Wohnung zahlreiche geheimnisvolle Gegenstände, wie Masken, Degen mit geheimnisvollen Inschriften, phantastische Ornate usw., die den Aussagen der Zeugen zufolge zur Abhaltung von "schwarzen Messen" gedient haben. Seiner Sekte sollen eine ganze Reihe hochstehender Persönlichkeiten der polnischen Hauptstadt angehört haben.

+ + +  
Der zweite Frenzel-Prozess. Der zweite Potsdamer Blutschande-Prozess des Bornimer Amtsvorsteher Franzel, der am 23. September beginnt, wird etwa 14 Tage dauern. Den Vorsitz der Verhandlung führt der bekannte Landgerichtsrat Dr. Hellwig, die Anklage wird abermals Staatsanwalt Dr. Stargardt vertreten.

+ + +  
Diamond abgefahren. Der aus Deutschland abgeschobene amerikanische Verbrecherkönig Jack Diamond ist am Sonnabend auf dem Frachtdampfer "Hannover", des Norddeutschen Lloyd abgefahren. Jack Diamond hat seine Fahrkarte nach Philadelphia bezahlt. Er ist der einzige Passagier an Bord.

+ + +  
Forschungsstation Jungfrauojoch. In Bern erfolgte die Gründung der internationalen Stiftung "Hochalpine Forschungsstation Jungfrauojoch", die den Zweck hat, den Gelehrten aller Länder bei ihren Forschungen im Jungfrauojochgebiet behilflich zu sein. Auf dem Jungfrauojoch selbst wird zurzeit ein Forschungsinstitut errichtet, das im nächsten Frühjahr eingeweiht werden wird.



## Die Christen und Nationalsozialisten.

### Verzeihung den Mordgesellen - Hass den Arbeitsbrüdern.

SPD. Endlich ist im "Deutschen", der Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, so etwas wie ein Versuch zu einer Antwort auf die von uns angeschnittene Frage des Verhältnisses zwischen christlicher Gewerkschaftsbewegung und Nationalismus veröffentlicht worden. Wir betonen: es ist nur ein Versuch, denn in der grundsätzlichen Erörterung über die "parteipolitische Neutralität der christlichen Gewerkschaften" ist vom Nationalsozialismus direkt kaum die Rede. Statt dessen wird lang und breit die Haltung der christlichen Gewerkschaften gegenüber der Sozialdemokratie erörtert - ein Thema, das gar nicht zur Debatte steht; denn dass die christliche Gewerkschaftsführung von einer parteipolitischen Neutralität gegenüber der Sozialdemokratie nichts wissen will, ist nichts Neues. Die starke Abschweifung vom Thema zeigt, dass es der christlichen Gewerkschaftsführung höchst unbequem ist, offen und klar ihr wohlwollendes Tachtelmechtel mit dem Nationalismus zuzugeben. Wir wollen daher noch einmal den zur Erörterung stehenden Tatbestand herausstellen.

Bernhard Otte, der Führer der christlichen Gewerkschaften hat erklärt, dass die christliche Gewerkschaftsbewegung allen bürgerlichen Parteien gegenüber neutral verhält, nur nicht gegenüber der Sozialdemokratie. Auf unsere Frage wie es mit dem Verhältnis der christlichen Gewerkschaften zu den Nationalsozialisten stehe, gab die Presse der Christen zu, dass die christlichen Gewerkschaften auch gegenüber den Nationalsozialisten ebenso wie gegenüber den bürgerlichen Parteien parteipolitisch Neutralität üben. Nun macht der "Deutsche" den Versuch, diese parteipolitische Neutralität der Christen möglichst abzuschwächen. Er schreibt, diese Neutralität gegenüber den bürgerlichen Parteien sei "keine Neutralität auf jeden Fall". Die christliche Gewerkschaftsbewegung habe es nicht nötig, sich irgend einer oder gar mehreren politischen Parteien mit Haut und Haaren zu verschreiben. Die christlichen Gewerkschaften lägen nicht den Parteigötzen bedingungslos zu Füßen, wie das bei den sozialdemokratischen Gewerkschaften der Fall sei. Und so werde auch in Zukunft jede Partei mit dem "Widerstand" der christlichen Gewerkschaftsorganisation in dem Augenblick rechnen müssen, "wo sie den grundsätzlichen Zielen der christlichen Gewerkschaftsbewegung zuwiderhandelt." Davon sei auch die Partei der Nationalsozialisten ebenso wenig ausgenommen, wie etwa das Zentrum oder eine der anderen Parteien.

Wir fragen demgegenüber: vertragen sich Haltung und Handeln der Nationalsozialisten mit den Grundsätzen und Zielen der christlichen Gewerkschaftsbewegung? Wir fragen deswegen, weil soeben erst die "Germania", als ein führendes Organ des Zentrums, zu dem sich politisch die übergrosse Masse der im Deutschen Gewerkschaftsbund organisierten katholischen Arbeiter rechnet, unter Hinweis auf die fortgesetzten Blut- und Mordtaten der Nationalsozialisten ausdrücklich erklärte: "Der Nationalsozialismus ist eine Krankheit, die ebenso scharf bekämpft werden muss wie der Bolschewismus und der Kommunismus." Wir sind - und mit uns auch das von einem Zentrumsmanne geführte Reichsinnenministerium - der Auffassung, dass die nationalsozialistische Bewegung ein hochverräterisches Unternehmen ist. Unsere Frage an die christliche Gewerkschaftsführung lautet daher weiter: seit wann unterstützten die christlichen Gewerkschaften Hoch-



verräter? Oder ist es keine Unterstützung von Hochverrätern, wenn man sich ihnen gegenüber für parteipolitisch neutral erklärt?

In seinem Rechtfertigungsversuch erklärt der "Deutsche" weiter die Liebe zum Gemeinsamen im Volk berge naturgemäss die Gegnerschaft zu all den Kräften in sich, die statt Einigung Trennung, statt Geschlossenheit Zerklüftung, statt Frieden ständigen Kampf wollen. Aus dieser Tatsache resultiere die ablehnende Stellung der christlichen Gewerkschaften zur - Sozialdemokratie. Demgegenüber müssen wir abermals an ein Wort der "Germania" erinnern. Sie sagt (Nr. 412): "Der Nationalsozialismus reisst auseinander, wir, die wir im Lager der christlichen Staatsauffassung stehen, müssen ihn und seine Methoden auf das Entschiedenste bekämpfen. Wir müssen das innenpolitisch, weil im Nationalsozialismus nur Gewalt steckt und ZerreiSSung des Volkes." Müsste nicht die vom "Deutschen" den Christen nachgerühmte "Liebe zum Gemeinsamen im Volk" die christliche Gewerkschaftsführung - unter der Voraussetzung, dass ihre Beurteilung der Sozialdemokratie richtig ist - zwingen, gegenüber den Nationalsozialisten mindestens einen ebenso scharfen Trennungsstrich zu ziehen wie gegenüber den Sozialdemokraten?

Die christliche Gewerkschaftsführung lehnt das ab, weil sie den Nationalsozialismus ebenso nachsichtig und wohlwollend beurteilt, wie sie scharf und unerbittlich mit der Sozialdemokratie ins Gericht zu gehen versucht. So sagt der "Deutsche", die christlichen Gewerkschaftsführer wüssten, dass auch die bürgerlichen Parteien, bzw. Gruppen in ihnen nicht immer ihren christlichen-nationalen Grundsätzen hundertprozentig die Treue halten, und dass Interessen der verschiedensten Art sie zu Verstössen gegen diese Grundsätze verleiten. Sie seien sicher auch nicht so überheblich zu glauben, dass sie selbst den Typ des christlich-nationalen Idealmenschen vollkommen verkörpern. Diese Welt habe mit den Menschen auch ihre Schwächen und Neigungen zu ertragen. Gegen diese könne und müsse auch angekämpft werden. Die Welt sei nun mal nicht das Reich Gottes, und sie werde immer der Kampfplatz bleiben, wo Gutes mit dem Bösen ringe und es niederzuzwingen versuche, um des irdischen und ewigen Friedens willen.

Welche Milde, welche Sanftmut, welches Verständnis für die Verstösse gegen die christlichen Grundsätze bei allen Parteien - auch bei den Nationalsozialisten, nur nicht bei den Sozialdemokraten! Das Blut der von den Nationalsozialisten hingemordeten unschuldigen Menschen - das Blut deines Bruders! - schreit zum Himmel. Die Presse der katholischen Arbeiter weist laut und deutlich darauf hin, dass nirgends und niemals die katholische Kirche den Nationalsozialismus gebilligt habe, in Münster auf dem Katholikentag werden scharfe Erklärungen gegen den Nationalsozialismus abgegeben, - das alles macht nichts: die Führer der christlichen Gewerkschaften sind einer Bewegung gegenüber, die nach Geld und Blut stinkt, sanftmütig wie Turteltauben. Sie können den Nationalsozialismus nicht hassen, weil sie ihren ganzen Hass bereits verausgabt haben - verausgabt gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften, die sie ewig hassen müssen, weil früher einmal die freie Arbeiterbewegung eine Art Christenverfolgung getrieben habe. Dass es damals auch eine christliche Arbeiterverfolgung gab, davon wissen die christlichen Führer nichts mehr. Sie wissen auch nichts von der Sehnsucht der Arbeitermassen nach der Schaffung einer einheitlichen Front gegenüber dem sozialreaktionären Ansturm. Sie wissen auch nichts davon, dass die neue Generation keine Religionskriege, sondern Krieg um Brot und Arbeit führen will. Sie wissen von alledem nichts. Sie wissen nur, dass Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften bis in alle Ewigkeit die "Todfeinde" der Christen bleiben.

Wir sind erschüttert. Soviel Unvermögen, dem Arbeitsbruder auf der anderen Seite wenigstens ein klein wenig gerecht zu werden, ist grausig.

Tragödie!

SPD. In schlagwortartiger Aufmachung werden in der gegnerischen Presse aus den in der Nr. 30 der "Gewerkschaftszeitung" veröffentlichten Angaben über den Stand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Jahre 1929 die Ausgabeposten für Unterstützungen und Verwaltung herausgegriffen, um durch die Gegenüberstellung beider Zahlen zu zeigen, wie gering die Summen sind, die den Mitgliedern an Unterstützung gezahlt werden im Verhältnis zu den grossen Gehältern, welche die "S.P.D.-Bonzen" in den freien Gewerkschaften beziehen. Diese demagogische Ausnutzung von zwei Ausgabepositionen aus einem Kassenbericht, der mit 221,7 Mill. RM. Einnahme und einer Ausgabe von 202,9 Mill. RM. abschliesst, soll natürlich - wie schon die Anwendung des Ausdrucks "SPD-Bonzen" auf die Gewerkschaftsfunktionäre zeigt, zur Verunglimpfung der Sozialdemokratischen Partei im Wahlkampf dienen, und da kommt es den Wahlmachern ihrer Gegner selbstverständlich garnicht darauf an, ob die Auswertung von Zahlen in diesen üblen Sinn irgend eine sachliche Berechtigung hat.

Bei den Ausgaben der Gewerkschaften einen Vergleich zu ziehen zwischen Unterstützungsausgaben und Verwaltungskosten, um das ungünstige Verhältnis beider Ausgabeposten zueinander zu zeigen, ist schon an sich sinnwidrig, weil die Gewerkschaften keine Versicherungseinrichtungen wie z.B. die Krankenkassen sind, sondern Kampforganisationen der Arbeiterschaft zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen bzw. zur Wahrung ihrer Lebensinteressen gegen das Unternehmertum. Der hauptsächlichste Teil des Organisationsapparates dient diesem Zweck. Jedes Mitglied der freien Gewerkschaften weiss, dass ihre Unterstützungseinrichtungen nicht als ihr eigentlicher Zweck, sondern nur als ein Hilfsmittel in dem Ringen um eine höhere materielle und kulturelle Lebenslage der Arbeiterschaft zu gelten hat. Ein Vergleich zwischen den Mitteln, welche die Gewerkschaften zur Erfüllung ihrer Aufgaben erfordern, bzw. den Kosten ihres Organisationsapparates, und dem Nutzen, den die Mitglieder durch ihre wirtschaftliche Organisation haben, kann nur im Hinblick auf die durch die gewerkschaftlichen Kämpfe erreichte Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen angestellt werden, ferner auf die Vorteile aus der ausgedehnten und erfolgreichen Rechtsschutzstätigkeit der freien Gewerkschaften.

Aber ganz abgesehen von dieser grundsätzlichen Anschauung über das Wesen und die eigentlichen Aufgaben der Gewerkschaften lässt die Art, wie die herausgegriffenen Zahlen von der gegnerischen Presse verwertet werden, nur zu deutlich die damit beabsichtigte Täuschung leichtgläubiger Leser erkennen. Die 86,79 Mill. RM. an Unterstützungen können nicht, wie es geschehen ist, auf 4 1/2 Millionen Mitglieder bezogen werden, sondern es kommt bei der Gewährung von Unterstützung nur die sehr viel geringere Zahl von Mitgliedern in Betracht, an die Unterstützung gezahlt worden ist. Damit gewinnt aber die Gesamtsumme an Unterstützung in ihrer sozialen Tragweite eine ganz andere Bedeutung. Und die angezogenen 58,77 Mill. RM. wurden auch nicht allein an Gehälter für die "SPD.-Bonzen" verausgabt, sondern reichlich über 1/4 dieser Summe kam auf sächliche Verwaltungskosten. Den erheblichsten Teil der Verwaltungskosten, und zwar 47,96 Mill. RM. (darunter 12,52 Mill. RM. sächliche Ausgaben) beanspruchten die Bezirks- und Ortsverwaltungen. Hierbei muss in Betracht gezogen werden die gewaltige Ausdehnung des Wirkungsbereiches der freien Gewerkschaften, die neben den Gau- und Bezirksorganisationen im Jahre 1929 insgesamt 1380 Ortsverwaltungen hatten. Dass bei der ungeheuren Fülle von Arbeit, die innerhalb dieses gewaltigen Organisationsbereiches der freien Gewerkschaften zu leisten ist, von den persönlichen Verwaltungskosten auch noch ein gut Teil als Entschädigungen für nebenamtliche Tätigkeit in Rechnung zu stellen ist, braucht Verleumder der freien Gewerkschaften nicht weiter zu kümmern. Der Zweck der Übung ist ja erfüllt, wenn in einer Schlagzeile gesagt werden kann, dass die freien Gewerkschaften in einem Jahre 58,77 Mill. RM. für Gehälter an die "SPD.-Bonzen" gezahlt werden-

Wie wenig die Finanzgebarung der freien Gewerkschaften das Licht der

Öffentlichkeit zu scheuen hat, zeigt auch ein Blick auf die Ausgaben einer ihrer gegnerischen gewerkschaftlichen Organisationsrichtungen, der christlichen Gewerkschaften. Bei einer Gesamtausgabe von 20,39 Mill. RM. wendeten diese im Jahre 1929 für Unterstützungen 6,97 Mill. RM. und für die Verwaltung 5,07 Mill. RM. auf. Von je 100 Mark der Gesamtausgabe kamen bei den christlichen Gewerkschaften 34,2 Mark auf Unterstützungen und 24,8 Mark auf Verwaltungskosten. Diese anteiligen Beträge betragen dagegen bei den freien Gewerkschaften 42,8 und 28,9 Mark. Die grössere Leistungsfähigkeit der freien Gewerkschaften geht deutlich aus dem viel höheren Betrag an Unterstützungen hervor. Dagegen weichen die Verwaltungskosten im Verhältnis zu den Gesamtausgaben bei beiden Organisationsrichtungen nicht so erheblich wie bei den Unterstützungsausgaben voneinander ab. Die relativ höheren Verwaltungskosten der freien Gewerkschaften sind bedingt durch ihren ausgedehnteren Wirkungsbereich und die umfangreicheren Aufgaben, die sie gegenüber den christlichen Gewerkschaften zu erfüllen haben.

Soweit die gekennzeichneten Angriffe von rechtsradikaler Seite ausgehen, erwidern wir folgendes: Das Ideal dieser Parteien ist ja der faschistische Staat. Näheres über die Höhe und Verwendung der den in Italien bestehenden Zwangssyndikaten zufließenden Gelder erfährt man bezeichnenderweise nicht. In der Höhe von einem Tagelohn für die Arbeiterorganisationen und von einem weiteren Tagelohn für die Unternehmerorganisationen erhoben, dürften sie aber etwa ein Hundertstel des gesamten Arbeitseinkommens der Nation ausmachen. Sie werden ohne jede andere Gegenleistung als die Rechtsvertretung gewährt. Fest steht ferner, dass von diesem Gelde 15 000 Funktionäre erhalten werden. Auf je 200 Mitglieder kommt ein Funktionär, während bei den zerstörten freien Gewerkschaften Italiens einer auf je 800 kam.

SPD. Der Beirat des Verbandes der Maler und Lackier nahm in Dresden zur Wirtschaftslage und den Reichstagswahlen Stellung. Der Vorsitzende Batz hob in seinem Bericht hervor, dass das Malergewerbe und das gesamte Baugewerbe noch immer fürchterlich unter der Arbeitslosigkeit leiden. Unbegreiflich sei es, wie angesichts der traurigen Wirtschaftsverhältnisse die Bürgerblockregierung Brüning mit Hilfe des Diktaturparagraphen auch noch wirtschafts- und sozialpolitisch den Massen das Leben schwer mache. Am 14. September müsse dieser Regierung die richtige Antwort gegeben werden.

Die Tätigkeit des Verbandsvorstandes fand allgemeine Zustimmung. Streike beleuchtete die Bedeutung der neuen Bleiverordnung. Die Haltung des Reichsarbeitsministeriums in der Frage der Krisenfürsorge wurde von der Konferenz scharf kritisiert. Die Einbeziehung der Maler und Lackierer, deren Arbeitslosigkeit im Juni 34 % betragen habe, sei unbedingt notwendig.

In seiner Entschliessung zur Reichstagswahl billigte der Beirat die Unterstützung der sozialdemokratischen Partei durch den Verbandsvorstand. Nur die Sozialdemokratie habe die Arbeit der Gewerkschaften tatkräftig unterstützt. Ohne Zusammenwirken von Sozialdemokratie und Gewerkschaften wäre es unmöglich gewesen, der Arbeiterschaft die sozialpolitischen Errungenschaften in ihrem Kern zu erhalten.

SPD. Das Berliner Fuhrgewerbe ist von einem ernsten Konflikt bedroht. Der Verband Berliner Spediteure hat den Lohntarif der Arbeiter zum 30. September gekündigt. Ebenso ist der Lohntarif des Berliner Schwerfuhrgewerbes -dieser von beiden Parteien - gekündigt worden. In beiden Fällen wollen die Unternehmer Lohr abbau, in beiden Fällen stehen sie aber sehr gut organisierten Arbeitergruppen gegenüber. Der Gesamtverband, der diese Gruppen betreut, hat bereits deutlich zum Ausdruck gebracht, dass er jeden Lohnabbauversuch aufs schärfste bekämpfen wird.

## Die zerbrochene Eiseninternationale.

Der deutsche Eisenpreis fast doppelt so hoch als der Auslandspreis.

SPD. In der Zeit von Januar 1929 bis Juli 1930 ist der Stabeisenpreis auf den Weltmärkten, der sogenannte Exportpreis, von etwa 117 Mark pro Tonne auf 92 Mark gefallen. Bis zum August 1930 hat sich der Preis weiter um 10 Mark verringert. Für die deutsche Eisenindustrie ergeben sich dadurch recht interessante, aber auch bedenkliche Folgerungen: Die deutsche Eisenindustrie bekommt für ungefähr 30 % ihrer Produktion den Preis von 85 Mark pro Tonne. Das ist der Teil der Produktion, der exportiert wird. Für die restlichen 70 %, die in Deutschland selbst zum Verbrauch kommen, wird ein Preis von 137 Mark erzielt. Wer zufälligerweise in Süddeutschland wohnt, kann Eisen aber auch für 112 Mark haben. Dass das ungesunde Verhältnisse sind, die besonders auf die eisenverarbeitende Industrie und auf unseren ganzen Export ungünstig zurückwirken müssen, versteht sich von selbst.

In der starken Differenz zwischen Inlands- und Auslandseisenpreis wirkt sich der Zusammenbruch der Internationalen Rohstahlgemeinschaft, des sogenannten Eisenpakts aus. Der Pakt wurde im Jahre 1926 gegründet. Er verfolgte das Ziel, die Weltmarktpreise durch Produktionsdrosselung hoch zu halten. Dafür brachte die deutsche Eisenindustrie ganz erhebliche Opfer. Die ihr im Rahmen der internationalen Rohstahlgemeinschaft zugebilligte Quote machte etwas mehr als die Hälfte der wirklichen Leistungsfähigkeit aus. Ueberschritt Deutschland diese Quote, was nach Lage der Dinge ständig der Fall war, so musste die deutsche Eisenindustrie an die verbündete Eisenindustrie in Frankreich, Belgien und Luxemburg Strafgelder zahlen. Die deutsche Eisenindustrie durfte so von 1926 ab etwa 38 bis 40 Millionen Mark an Strafgeldern gezahlt haben. Das war für die deutsche Eisenindustrie nur scheinbar ein Opfer. Mit diesen 40 Millionen Mark hat die deutsche Eisenindustrie faktisch die Konkurrenz der anderen Eisenerländer für den deutschen Markt ausgeschaltet. Es wurden sogenannte Gebietsschutzabkommen mit den Franzosen, mit Luxemburg, und Belgien und später auch mit der Tschechoslowakei und Polen geschlossen. Nach diesem Gebietsschutzabkommen übernahm Deutschland bestimmte, in Grenzen gehaltene Kontingente von den ausländischen Eisenindustrien, insbesondere von Frankreich-Lothringen und Luxemburg, die durch die deutschen Eisenverbände in Deutschland zum deutschen Preis vertrieben wurden. Damit hatte die deutsche Eisenindustrie für Deutschland eine Monopolisierung gewonnen. Sie konnte in Deutschland die Preise diktieren und sie diktierte die Preise in der Art, dass das deutsche Stabeisen im Ausland (Exportpreis) etwa 117 Mark kostete und dasselbe deutsche Eisen in Deutschland dagegen 140 Mark. Die Schäden einer solchen Preisdifferenzierung konnten auch durch Rückvergütungen an die verarbeitende Industrie für zu exportierendes Eisen nicht ausgeglichen werden. Dem Reichswirtschaftsministerium steht ein Einspruchsrecht gegen die Festsetzung der Eisenpreise zu und oftmals schien es, als ob die Regierung - wir erinnern an das Sturmzeichen, das Dr. Curtius seinerzeit als Wirtschaftsminister aufzog und nachher wieder sang - und klanglos herunterholte - etwas gegen die Ueberhöhung der Eisenpreise unternehmen wollte. Es wurde aber nichts daraus, vielmehr mussten wir erleben, dass man die Löhne abbaute, um die Eisenpreise sage und schreibe um etwa 2 bis 4 Mark

auf 137 Mark zu senken. Dasselbe Eisen verkaufte man nach dem Auslande für 117 Mark und jetzt etwa für 85 Mark. Besser kann wohl der Unsinn des Lohnabbaus nicht charakterisiert werden.

Nun ist der internationale Eisenpakt ein Opfer der grossen internationalen Weltwirtschaftskrise geworden. Die Preisbindungen für Eisen sind aufgehoben. Die einzelnen Industrien konkurrieren auf dem Weltmarkt durch Preisunterbietungen; eine gewisse Presse malt das Gespens eines Eisenpreiskampfes auch in Deutschland an die Wand und stellt entsprechende protektionistische Forderungen auf. Gewiss wird in Deutschland ausländisches Eisen weit unter dem deutschen Preis angeboten. Es sind zum Teil lothringische Werke, die nicht an dem deutschen Kontingent beteiligt sind. Daher dürften die Preisunterbietungen in Süddeutschland rühren. Man kennt auch Fälle, wo Belgier ihr Eisen über die Oder bis nach Oberschlesien gebracht haben. Das sind aber immerhin Einzelerscheinungen. In Wirklichkeit bestehen die Gebietsschutzabkommen noch. Sie sind auch teilweise mit den Handelsverträgen verknüpft. Selbst wenn z.B. die belgische Industrie im grösseren Masse billiges Eisen nach Deutschland importieren wollte, würde sie auch ihr Eisen nicht verkaufen können, weil die Handelsfirmen durch die Ausschliesslichkeitsklausel verpflichtet sind, das weit teure Eisen der deutschen Eisenverbände zu vertreiben. Von einem Einbruch in den deutschen Markt kann also keine Rede sein. Protektionistische Forderungen irgendwelcher Art von Einzelerscheinungen her ableiten zu wollen, ist also ein glatter Unfug. Mit einer Bereinigungskrise in der deutschen Eisenindustrie, die sicherlich notwendig und wünschenswert wäre und die die unrentablen Werke ausscheiden müsste, ist im Anschluss an den Zerfall des internationalen Eisenpakts nicht zu rechnen. Wie sicher die deutschen Eisenverbände ihrer Sache sind, geht daraus hervor, dass sie bisher noch nicht im Traum daran gedacht haben, den überhöhten Inlandspreis an den fast um die Hälfte billigeren Auslandspreis anzugleichen.

Hier liegt aber das Problem für die deutsche Wirtschaft. Die deutsche Wirtschaft kann nicht mit einem Preis exportieren, der um fast 50 % höher ist als der Preis, den die ausländische Konkurrenz für dasselbe Eisen bezahlt. Die Angleichung des überhöhten deutschen Eisenpreises an den Auslandspreis ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Wenn das Kabinett Brüning wirklich Preise senken und etwas für die Belebung der Wirtschaft tun will, dann sollte es hier zufassen. Der will man warten, bis der Eisenpreiskampf in Deutschland, von dem man bis jetzt nur fabelt, Tatsache geworden ist? Das könnte der deutschen Wirtschaft teuer zu stehen kommen!

Der Eisenwucher in Deutschland ist ein Ausschnitt aus der falschen Wirtschaftspolitik, die den Schutz der gegenwärtigen Regierung genießt. Diese Politik ist mit einer der Ursachen der fürchterlichen Wirtschaftskrise. Der Kurs unserer Wirtschaftspolitik muss umgestellt werden. Nicht zuguterletzt geht die Entscheidung am 14. September darum. Deshalb ist es eine Notwendigkeit, dass die Sozialdemokratie verstärkt in den Reichstag einzieht. Sie gibt die Gewähr für die Revision unserer falschen Wirtschaftspolitik.

SPD. Das Ostelbische Braunkohlensyndikat legt seinen Abschluss für das Geschäftsjahr 1929/30 vor, das mit dem Monat März zuende ging und in der Ertragsrechnung mit 3,49 Millionen Mark abschliesst. Im Geschäftsbericht ist das Syndikat äusserst schweigsam, abgesehen von den erlösen Reihen der Produktionszahlen. So hat sich die Kohlenförderung von 4,64 Millionen Tonnen im Jahre 1928/29 auf 45,86 Millionen Tonnen im Jahre 1929/30 gesteigert. Damit lag die Produktion um fast 194 % über dem Stand von 1913/14. Die Briketterzeugung wird mit 12,79 Millionen Tonnen angegeben gegenüber 12,51 Millionen Tonnen im Vorjahr (171 % über Vorkriegsstand). Die dem Syndikat angeschlossenen Zechen mussten Feierschichten einlegen. Trotzdem erhöhten sich die Lagerbestände, die für

den Schluss des Geschäftsjahres mit 740 000 Tonnen angegeben werden, während die Produktion im letzten Vierteljahr etwa 900 000 Tonnen hinter ihrer im Laufe des Geschäftsjahrs erreichten Leistungsfähigkeit zurückblieb.

SPD. In Wien gibt es seit langem einen Kampf um den Brotpreis und zwar ist die Konsumgenossenschaft den privaten Bäckern, die den überhöhten Brotpreis gern behalten möchten, sehr unbequem geworden. Daraus erklärt sich auch die Abneigung gewisser Kreise des Wiener Bürgertums gegen den "Austromarxismus". Der Austromarxismus sieht in diesem speziellen Fall wie folgt aus: Die Konsumgenossenschaft Wien, einer der grössten Broterzeuger, hat den Preis beim Brot von 76 auf 60 Groschen, bei den Weckerln von 6 auf 5 Groschen, beim schwarzen Bröt von 72 auf 66 Groschen und beim kleinen Brot von 44 auf 40 Groschen ermässigt.

Angesichts dieses Vorganges kann man allerdings die Antipathie gegen "Austromarxismus" schon begreifen. In Deutschland liegen die Dinge kaum anders. Es ist eine Tatsache, dass wir überall in Deutschland da die billigsten Brotpreise haben, wo grosse leistungsfähige Konsumgenossenschaftsbäckereien existieren. Die Berliner Konsumgenossenschaft liefert bekanntlich das beste und billigste Brot in Berlin. Selbstverständlich erfreuen sich die deutschen Konsumgenossenschaften auch derselben Abneigung gewisser Kreise gegen den "Marxismus".

Wir lassen uns diesen Marxismus gefallen und haben dafür zu sorgen, dass der kommande Reichstag die Sonderbesteuerung der Konsumgenossenschaften beseitigt, denn mit der Sonderbesteuerung wird tatsächlich die wirtschaftliche Eigenhilfe und der Wirtschafts- und Sparsinn der breiten Massen bestraft. Fort mit der ungerechten Behandlung der Konsumvereine zu Gunsten rückständiger mittelständlerischer Schichten. Deshalb wird am Sonntag die Liste I (Sozialdemokraten) gewählt.

SPD. Einer der wichtigsten Punkte des Brüningschen Preissenkungsprogramms war der Kampf gegen die Markenartikel. Die Händler werden hier durch die Fabriken verpflichtet, ganz bestimmte Preise zu nehmen. So entstehen Spannen - die Organisationen der Händler bestreiten das immer wieder, können die Tatsache aber nicht aus der Welt schaffen - von 50, 60, 70 und mehr Prozent. Wenn das Reichskabinett die Bindungen für die Markenartikelpreise beseitigen würde, hätte es wesentliches für die notwendige Preisabflachung geleistet. Man weiss auch, dass der Reichskanzler Brüning hier vor den Wahlen gern einen Prestigeerfolg erzielt hätte. Daraus wird nun nichts. Das steht endgültig fest. Die "Edekarundschau", das Organ einer der grössten Kleinhändlerorganisationen, teilt nämlich folgendes mit:

"Wir sind in der angenehmen Lage, unseren Mitgliedern mitteilen zu können, dass die Entscheidung des Reichskabinetts ob für oder gegen die Aufhebung der Preisbindung für Markenartikel des Lebens- und Genussmittels vor der Reichstagswahl am 14. September bestimmt nicht zu erwarten sein wird."

Wir wussten es von vornherein, dass die Brüningsche Preissenkungsaktion nur Wahlmache war und der Theaterdonner aufhören würde, wenn die Wahlen vorbei sind. Woher, so fragen wir, nimmt aber die "Edekarundschau" ihr Wissen? Woher weiss die "Edekarundschau", dass der Reichskanzler Dr. Brüning bis zu den Wahlen nichts gegen den Skandal der überhöhten Gewinnspannen bei den Markenartikeln tun wird?

Wir wissen nur, dass zwischen den Organisationen des Einzelhandels und den grossen Warenhäusern in der vorletzten Woche Besprechungen über die Markenartikel stattgefunden haben. Die Warenhäuser waren für die Aufhebung der Preisbindung bei den Markenartikeln. Das ist natürlich und erklärt sich daraus

dass die Aufhebung der Preisbindung vor allem die Kleinhändler treffen wird. Im Laufe der Verhandlungen haben die Warenhäuser ihren Standpunkt glattweg geändert. Sie erklärten sich bereit, nicht mehr für die Aufhebung der Preisbindung für Markenartikel einzutreten. Dafür haben die Händlerorganisationen versprochen, ihren Kampf gegen die Warenhäuser einzustellen. Ob darin auch Konzessionen hinsichtlich der Warenhaussteuer enthalten sind, wissen wir nicht. Auf jeden Fall werden die Händler ihren gehässigen Kampf in Zukunft mehr gegen die Konsumvereine und weniger gegen die Warenhäuser führen. Die "jüdischen" Warenhäuser sind damit bei den "arischen" Einzelhändlern rehabilitiert.

Nicht bekannt ist, wie weit die Verhandlungen zwischen den Händlern und den Warenhäusern von der Regierung beeinflusst worden sind. Die "Edekarundschau" kann aber mitteilen, dass die Regierung nichts in Angelegenheit der Preisbindung tut. Die "Edekarundschau" weiss, dass sich die Regierung Brüning-Schiele dem Beschluss der Händler und der Warenhäuser fügt. Die Regierung pariert eben Order. Das bedeutet die "angenehme" Mitteilung der "Edekarundschau".

So sieht aber die Regierung aus, die in ihrer Wahlagitation für sich in Anspruch nimmt, eine starke Regierung zu sein. So endet die grossspurig angekündigte Preissenkungsaktion. Die Wählerin und der Wähler geben dieser Regierung die beste Antwort, indem sie am kommenden Sonntag Liste I (Sozialdemokraten) wählen.

---

SPD. Der Pfandbriefabsatz hat sich im Monat Juli äusserst günstig entwickelt. Der Nettoabsatz wird mit 122,7 Millionen Mark angegeben gegenüber 7,3 Millionen Mark im Juli 1929 und 106,8 Millionen Mark im Juli 1928. Bis einschliesslich Juli sind im Jahre 1930 für rund 923,2 Millionen Mark Pfandbriefe abgesetzt worden (1929 = 367,6 Millionen und 1928 = 875,1 Millionen Mark).

Der Absatz von Kommunalobligationen beläuft sich im Monat Juli 1930 auf 64,8 Millionen Mark (Juli 1929 = 5,9 Millionen und Juli 1928 = 28,2 Millionen). Insgesamt wurden im Jahre 1930 einschliesslich Juli für 363,3 Millionen Mark Kommunalobligationen verkauft. Der Satz liegt unter dem Stand von 1928, wo der Absatz 388,6 Millionen betrug, aber über dem Stand von 1929, wo sich der Verkauf nur auf 137,9 Millionen Mark stellte.

---

SPD. Der Reichsbund Deutscher Mieter teilt uns mit, "dass er mit der Mieter- und Volksrechtspartei nichts zu tun hat und dass er die Mieter dringend warnt, dieser von völlig unbekanntenen Personen "gegründeten" Partei ihre Stimme zu geben."

Es ist selbstverständlich, dass die Mieter am Sonntag geschlossen für die Sozialdemokratie eintreten.

---

SPD. Auf dem Verbandstag der gewerblichen Genossenschaften Sachsens in Plauen führte der Bäckerobermeister Kaiser folgendes aus: "Die konsumgenossenschaftliche Bewegung, die es viel intensiver verstanden hat, das genossenschaftliche Wollen, Denken und Handeln in ihre Mitgliederkreise zu verpflanzen und wirtschaftliches Pflichtbewusstsein ihren Verbraucherkreisen anzulernen, ist der gewerblichen Genossenschaft viel vorausgeeilt." - Der Bäckerobermeister unterstreicht die wirtschaftliche Erziehung der breiten Massen durch die Konsumvereine und die ethischen Wirkungen, die von den Konsumgenossenschaften ausgehen. Die Genossenschaften sind Volkserzieher. Diese Volkserzieher werden aber durch die Regierung Brüning, durch die Sondersteuer für ihre segensreiche Tätigkeit bestraft. Gebt dieser Regierung die richtige Antwort, indem Ihr am Sonntag die Liste I (Sozialdemokraten) wählt.

Tägliches Angebot zu Stützungspreisen,  
 -----  
 (Berliner Getreidebörse vom 6. September.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Sonnabend wieder feste Stimmung. Am Markte der Zeitgeschäfte machte sich starkes Deckungsbedürfnis bemerkbar, während das Angebot nur gering blieb, sodass die Kurse für Weizen und Roggen in allen Sichten um durchschnittlich 3 Mark anziehen konnten. In effektiver Ware war das Angebot zu Stützungspreisen dagegen reichlich, sodass nur ein Teil des offerierten Materials Aufnahme finden konnte. Hafer hatte freundlichere Stimmung, die Preise konnten leicht anziehen; am Gerstenmarkt hat sich nichts geändert. Die Forderungen für Mehl beider Sorten waren leicht erhöht, jedoch wurden höhere Preise nicht bewilligt. Allenthalben machte sich grössere Zurückhaltung der Käufer bemerkbar.

	<u>5. September</u>	<u>6. September</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	246 - 251	246 - 251
Roggen	187	187
Braugerste	204 - 222	204 - 222
Futter- und Industrierogerste	183 - 196	183 - 196
Hafer	176 - 189	176 - 189
locò Mais. Berlin	-	-
Weizenmehl	28,50 - 36,50	28,50 - 36,50
Roggenmehl	25,50 - 28,00	25,50 - 28,00
Weizenkleie	9,00 - 9,25	9,00 - 9,25
Roggenkleie	8,25 - 8,75	8,25 - 8,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 260 (Vortag 257) Oktober 261 (258), Dezember 271 (268), März 282 $\frac{1}{2}$  (279), Roggen September 193 (190), Oktober 194 (194 $\frac{1}{2}$ ), Dezember 204 (201), März 215 (212), Hafer September 176 $\frac{1}{2}$  (171 $\frac{1}{2}$ ), Oktober 177 $\frac{1}{2}$  (174), Dezember 185 (181), März 194 $\frac{1}{2}$  (190).

-----  
 Buttermarkt.  
 -----

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 6. September: I. 140 Mark, II. 128 Mark, III. 112 Mark je Zentner. Tendenz fester.

SPD. In den Aufsichtsrat der amerikanischen Automobilfabrik Durant Motors Inc., wurde der französische Automobilindustrielle E.E.C. Mathis berufen. Diese Wahl steht in engem Zusammenhang mit der Tatsache, dass die Durant Motors Inc. nach den Erfolgen der American Austin Inc., welche ebenso wie die Bayerischen Motorenwerke nach Lizenzen der englischen Automobilfabrik Austin einen 3-PS-Kleinwagen herstellt, jetzt als zweiter amerikanischer Autokonzern den Bau europäischer Kleinautos aufzunehmen beabsichtigt. Im Staate Delaware ist bereits die "American Mathis, Inc.", handelsgerichtlich eingetragen worden. Mit der Produktion hofft man am 1. Dezember gleichzeitig in zwei Betrieben beginnen zu können, deren Einrichtung in Lansing und Oakland (Kalifornien) jetzt in Angriff genommen wird. Die Fabrikate der Durant-Autowerke sind vor allem im Westen der Vereinigten Staaten verbreitet. Ihr Absatz ist von 26 899 im ersten Halbjahr 1929 auf 14 277 bis Ende Juni 1930 scharf zurückgegangen.



Preussisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie.

25. Tag. V. Klasse. Vormittagsziehung vom 6. September.

4 Gewinne zu je	5 000 Mk.	201228	328301					
6 Gewinne zu je	3 000 Mk.	58508	221474	333628				
8 Gewinne zu je	2 000 Mk.	667	70705	108167	225814			
50 Gewinne zu je	1 000 Mk.	6581	57785	70768	74290	76529	81274	
		149428	150257	157351	168593	178713	201110	
		201919	221804	229783	234337	254080	258823	
		265001	291780	305059	327639	329271	333740	
		342306						
88 Gewinne zu je	500 Mk.	1436	20800	29960	41531	69958	90143	
		103122	103242	116776	120080	121091	123889	
		135615	136064	139476	144020	178370	185365	
		197472	210143	214728	220859	227765	229054	
		252746	255270	255810	260859	263259	267640	
		278590	286693	294921	299870	305317	329011	
		329590	330516	334220	339896	361766	366117	
		371886	383912					
262 Gewinne zu je	300 Mk.	4630	5919	7432	15124	16024	17343	
		19061	19898	27251	27379	30246	32370	
		37174	40318	42531	44229	44413	51214	
		51269	56518	57016	57340	57498	61434	
		61813	64706	68705	74090	75780	79713	
		81971	87151	90264	100089	103818	115081	
		116128	119316	119721	120370	123480	124608	
		125056	132428	135250	139374	142445	148270	
		149235	151236	160210	164057	168786	171921	
		172204	174419	176637	180252	188175	196451	
		200033	207692	210386	210713	214098	214360	
		217858	226024	227334	230607	235104	236255	
		238386	244194	244817	248551	260473	261269	
		265199	267843	268666	268983	271257	271688	
		274225	275517	276648	283624	283627	284329	
		287824	293862	294073	295187	296280	297436	
		298109	300060	300854	307855	309095	309653	
		311584	323779	326133	328043	328921	330141	
		331032	333201	336680	337232	343239	350274	
		353469	353874	354382	355398	356755	358055	
		368126	370576	372401	375821	382796	383048	
		390540	392853	395473	397633	397899		

25. Tag. V. Klasse. Nachmittagsziehung vom 6. September.

2 Gewinne zu je	5 000 Mk.	248871					
10 Gewinne zu je	3 000 Mk.	115352	142053	173671	208299	220367	
14 Gewinne zu je	2 000 Mk.	8716	72436	96010	306196	345437	361258
		385072					
30 Gewinne zu je	1 000 Mk.	24569	47493	97878	163782	167417	180926
		185432	198807	226562	263282	303589	357101
		366980	371382	385681			
64 Gewinne zu je	500 Mk.	24764	30022	38331	85401	87149	93134
		118238	121974	147740	151094	185312	193769
		200533	208107	213471	234934	256727	258215
		259592	270164	272302	311071	323745	335952

	341483	343815	344863	370342	375292	385979
172 Gewinne zu je 300 Mk.	386056	398201				
	3451	7818	8002	8677	14087	21570
	23539	28062	29827	33718	34194	39813
	43483	46353	47396	48212	53821	68949
	86492	95368	99387	102180	106404	115856
	119357	119932	123290	128796	129345	134012
	141317	144412	146545	150701	150958	151707
	161338	166560	170011	171113	171329	172124
	189385	189620	191782	193466	193977	198511
	204460	208990	216016	216070	217629	219484
	222486	225209	227818	231876	234467	235404
	239365	267184	279295	289228	290056	296643
	299612	301608	305054	313202	320234	320581
	330071	335989	341463	341757	341762	345770
	352489	364814	369330	372983	387583	390106
	394509	394987				

Im Gewinnrade verblieben:

2 Prämien zu je 500 000 Mk.  
 18 Gewinne zu je 10 000 Mk.  
 46 Gewinne zu je 3 000 Mk.  
 240 Gewinne zu je 1 000 Mk.  
 1536 Gewinne zu je 300 Mk.

6 Gewinne zu je 25 000 Mk.  
 20 Gewinne zu je 5 000 Mk.  
 126 Gewinne zu je 2 000 Mk.  
 588 Gewinne zu je 500 Mk.

SPD.